

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

7. März 1952

Blatt 317

Gesperrt bis 14 Uhr!

Prof. Denk erhält Ehrenring der Stadt Wien

Ehrenmedaillen für Prof. Loehr und Prof. Roessler

7. März (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat hat heute beschlossen, dem Universitätsprofessor Dr. Wolfgang Denk anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres und in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf dem Gebiete der Chirurgie den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Ferner erhalten der Kunsthistoriker Prof. Dr. Dr. August Oktavian Loehr anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres und der Kunstschriftsteller Prof. Arthur Roessler, der sein 75. Lebensjahr erreicht hat, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien.

Wolfgang Denk ist am 21. März 1882 in Linz geboren. Er studierte an der Wiener Universität Medizin, promovierte 1907 und war bei seinem Lehrer Eiselsberg an der Ersten Chirurgischen Universitäts^{klinik} als Assistent tätig (1911-1924). 1916 hatte Denk sich bereits habilitiert, 1923 wird er a.o. Professor, von 1924 bis 1928 war er Primarius an der Rudolfstiftung. 1928 wird er als Professor nach Graz berufen. Als der Leiter der Zweiten Chirurgischen Universitätsklinik, Prof. Hocheneegg, in Pension geht, wird Denk von Graz nach Wien berufen. Seit 1931 ist er Leiter der Zweiten Chirurgischen Universitätsklinik, 1948 bis 1949 Rektor der Wiener Universität, außerdem ist er Präsident der Gesellschaft der Ärzte in Wien und Vorsitzender des Obersten Sanitätsrates und der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit.

Hervorragendes hat Denk als klinischer Lehrer geleistet. Seine Vorlesungen gehören zu den beliebtesten und besten, die in den letzten zwei Jahrzehnten an der Wiener medizinischen Fakultät ge-

halten wurden. Wenn die österreichische Chirurgie in kurzer Zeit die großen Fortschritte, welche die Chirurgen der anglo-amerikanischen Länder während des letzten Krieges erzielt hatten, aufholen konnte und heute den Vergleich mit diesen Ländern in keiner Weise zu scheuen hat, so ist dies in erster Linie das Verdienst Denks. Ebenso ist es sein Verdienst, daß die modernen Narkose-Verfahren, auf Grund welcher sich die Thorax-Chirurgie erst entwickeln konnte, in Österreich eingeführt wurden. Er hat als Erster Schüler nach England und Amerika zum Studium dieser Methoden gesandt und an seiner Klinik bereits zahlreiche Ärzte auf diesem heute so wichtigen Gebiet ausbilden können. Seine Arbeit über die "Thorakoplastik zur Behandlung der Lungen-Tbc" (1928), "Klinik und Therapie der Lungentumore" (1950) waren für die Lungenchirurgie wegweisend. Aus der Zahl seiner über 140 Arbeiten sind noch zu erwähnen: "Pathologie und Therapie der Brüche der vorderen Bauchwand" (1910), "Klinische Erfahrungen über freie Fascientransplantation" (1912), "Studien über die Aetiologie und Prophylaxe des postoperativen Jejungeschwürs" (1921), "Ersatz der Speiseröhre durch antethorakale Plastik" (1926), "Behandlung der arteriellen Embolie" (1924), "Behandlung der Lungenembolie" usw.

Univ.Prof.Dr. Denk darf als einer der bedeutendsten Repräsentanten der Wiener Medizinischen Schule betrachtet werden, welcher Wien sein Ansehen auf medizinischem Gebiet in der Welt verdankt. Eine Ehrung seiner Person ist auch als eine der Wiener Medizin als solcher zu werten.

Prof.Dr.phil.et jur. August Oktavian Loehr wurde am 31. März 1882 in Wien geboren und studierte an den Universitäten Wien, Heidelberg und Grenoble Geschichte, Geographie, Rechtswissenschaften und Kunstwissenschaften. 1905 promovierte er zum Doktor der Philosophie, 1911 zum Doktor juris. Nach seiner Tätigkeit als Bibliothekar am Institut für österreichische Geschichtsforschung erhält er 1906 in der kaiserlichen Münzensammlung eine Anstellung. 1908 wird er Referent für wirtschaftsgeschichtliche und technische Denkmale sowie für Museumswesen im späteren Bundesdenkmalamt, seit 1923 Mitglied der Österreichischen Landeskommission für geistige Zusammenarbeit (heute Landesgruppe der UNESCO). Seit 1929 ist er Honorarprofessor für Numismatik, Geldgeschichte und Museumskunde an der Universität Wien. 1939 wurde er pensioniert, 1945 wieder reaktiviert

und Direktor des Kunsthistorischen Museums. 1949 bis 1950 ist er Generaldirektor der Kulturhistorischen Sammlungen. Loehr ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, war jahrelang Sekretär und später Präsident der Internationalen numismatischen Kommission. Seit 1950 ist er in Pension.

Prof. Loehrs wissenschaftliche Tätigkeit geht nach zwei Richtungen. Ein großer Teil seiner Lebensarbeit ist der Münzkunde und da insbesondere der österreichischen Geldgeschichte gewidmet. Aus seiner Feder stammt eine große Zahl von Arbeiten, die sich mit diesem Thema beschäftigen, so u.a.: "Österreichische Münzprägungen 1519-1918", "Die Niederländische Medaille des 17. Jahrhunderts", "Numismatik und Geldgeschichte"; sein Hauptwerk ist die "Österreichische Geldgeschichte" (1946). Außerdem stammen mehr als 150 Arbeiten in Aufsatzform, die in Fachzeitschriften erschienen sind, von ihm.

Von der reinen Geldgeschichte gelangte Loehr bald in die Wirtschaftsgeschichte und zur Kulturgeschichte. Er war es, der nach 1945 konkret versuchte, die österreichischen musealen Sammlungen zu einem großen kulturhistorischen Museum zusammenzuschließen. Seine diesbezügliche Schrift "Der Plan eines Museums österreichischer Kultur" hat große Beachtung gefunden, wenn sich auch der Plan in der Praxis zunächst nicht verwirklichen ließ. Prof. Loehr ist Chefredakteur der "Österreichischen numismatischen Zeitschrift" und gab das große Werk "Die Museen Österreichs" (1935) heraus. Außerdem hat er sich Verdienste in seiner praktischen Tätigkeit als Leiter der Münzensammlung erworben, indem er die großen Bestände sachkundig ordnete und nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie vor der Zerstreuung rettete.

Prof. Arthur Roessler wurde am 20. Februar 1877 in Wien geboren. Er studierte Kunst-, Kultur- und Literaturgeschichte sowie Philosophie und machte ausgedehnte Reisen nach Deutschland, Belgien, Frankreich, England und der Schweiz. Im Jahre 1905 übernahm er die Leitung der Galerie Michke, wo er bedeutende Ausstellungen veranstaltete, welche die Werke von bis dahin unbekanntem Künstlern der Öffentlichkeit vermittelten (Romako, Schuch, Vincent van Gogh). Seine literarische Tätigkeit setzte schon früh ein, sie begann 1899 mit Skizzen und Novellen, später Gedichten und Prosa,

führte über feinsinnige Essays ("Die Stimmung der Gotik" 1903) zu seinen ersten großen Werken über bedeutende Maler ("Ferdinand Georg Waldmüller", ein zweibändiges Monumentalwerk, 1907, "Josef Danhauser", "Rudolf von Alt" u.a.). Sehr bedeutende Aufsätze sind weiter die "Kritischen Fragmente" und der feinsinnige Band "Von Wien und seinen Gärten", der mehrere Auflagen erreichte und nach dem Krieg 1946 in neuer Ausgabe erschien. Unzählige ist die Zahl seiner Aufsätze in in- und ausländischen Kultur- und Kunstzeitschriften. Von Dr. Viktor Adler 1909 zum Kunstreferenten der "Arbeiter Zeitung" berufen, gelang es ihm dort, der Kunst fernstehende Bevölkerungsschichten für sie zu interessieren. Sehr früh trat Roessler für den schwer ringenden Egon Schiele ein, über den er auch mehrfach, so in "Erinnerungen an Egon Schiele", "In memoriam E.Sch." und "E.Sch. im Gefängnis" berichtete. Einen sehr bedeutenden Querschnitt durch die Kunstgeschichte, eine neue Art von Künstlergeschichte, stellen 63 Essays, eigentlich Nekrologe, des "Künstlertotentanzes", "Schwarze Fahnen" dar; aus dem gleichen Jahr stammt "Die Stimmung der Gotik".

Roessler war auch im Verlagswesen tätig und leitete von 1919 bis 1923 die Wiener Zentrale des Avalun-Verlages, war durch mehrere Jahre Redakteur der "Österreichischen Bau- und Werkkunst", einer Monatsschrift des Kristall-Verlages, und der Zeitschrift "Interieur". Er war auch wissenschaftlicher Beirat des Volksbildungshauses Wiener Urania. Als Vortragender im Ausland erwarb sich Roessler bedeutende Verdienste um die österreichische Kunst. Auch als geschäftsführender Vizepräsident im "Österreichischen Werkbund" und in der "Wiener Werkstätte" betätigte sich Roessler mit großer Tatkraft.

Nach dem zweiten Weltkrieg erschienen mehrere bedeutende Bücher Roesslers wie: "Der unbekannte Stifter" (1946), "Der Maler A.Faistauer", "Richard Teschner", "Zur Kunst- und Kulturkrise" (alle drei 1947) und eine Reihe von erweiterten Neuauflagen früherer Werke (Danhauser, Erinnerungen an Schiele u.a.)

Roessler wurden auch eine Reihe von Ehrungen zuteil. So widmeten ihm die Universität Wien anlässlich seines 50. Geburtstages die Goldene Ehrenmedaille und die Republik Österreich das Verdienstkreuz ihres Ehrenzeichens. Zum 60. Geburtstag wurde ihm der Professortitel verliehen.

Dachbrand im Heim Sängervarte
=====

7. März (Rath.Korr.) Die Feuerwehrzentrale Am Hof wurde heute um 2 Uhr früh aus Ottakring zu einem Großfeuer alarmiert. Als wenige Augenblicke später der erste Löschwagen der Feuerwache Dornbach auf dem Brandort in der entlegenen Oberwiedenstraße erschien, stand das ganze Dach des Jugendheimes "Sängervarte" in hellen Flammen. Die im Heim untergebrachten Mädchen konnten glücklicherweise noch vor Beginn der Löschaktion in Sicherheit gebracht werden. In kurzen Zeitabständen sind dann die Hauptfeuerwache Ottakring und die Feuerwachen Steinhof und Breitensee eingetroffen. Die Löschaktionen, die erst gegen 8 Uhr früh abgeschlossen wurden, konnten sich nur mehr auf ein Übergreifen des Brandes auf die unteren Geschoße des Objektes beschränken. Der etwa 300 Quadratmeter große Dachstuhl samt sechs Mansardenräumen fiel dem Brand zum Opfer. Der von Oberbrandrat Dipl.Ing. Dufek und Brandkommissär Wagner geleiteten Löschaktion wohnten auch Stadtrat Afritsch und Branddirektor Dipl.Ing. Prießnitz bei.

In der "Sängervarte" haben vor kurzem die Quäker ein Mädchenheim errichtet. Vorher war dort die Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt der Stadt Wien untergebracht.

Die Ziele der Österreichischen Gesellschaft für Wohnungswirtschaft
=====Auftakt zur III. Österreichischen Wohnbautagung

7. März (Rath.Korr.) Auf Einladung des Österreichischen Presseklubs spricht der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Wohnungswirtschaft und Siedlungswesen, Architekt Prof. Franz Schuster, Dienstag, den 11. März, 15.30 Uhr, in den Räumen des Klubs über die am 13. und 14. März in Wien stattfindende III. Österreichische Wohnbautagung. Er wird bei dieser Gelegenheit die Vertreter der in- und ausländischen Presse über die Ziele und Bestrebungen der Gesellschaft informieren. In der anschließenden Diskussion, an der die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie die Referenten der Tagung teilnehmen, sollen alle das Wohnungsproblem betreffenden Fragen erörtert werden.

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten
=====

7. März (Rath.Korr.) Für die geschlossene Vorstellung im Wiener Werkel "Voli Geiler - Walter Morath" (2 Schweizer Kabarettisten) am Montag, dem 10. März, sind noch Karten im Bildungsreferat der Gewerkschaft 9., Maria Theresien-Straße 11, Telephon: R 50-5-50, Klappe 306, und an der Theaterkasse 1., Liliengasse 3, erhältlich.

Festliche Veranstaltungen zum 125. Todestages Beethovens
=====

7. März (Rath.Korr.) Anlässlich des 125. Todestages Ludwig van Beethovens findet eine Reihe von festlichen Veranstaltungen statt, die am 26. März, dem Gedenktage, mit einer offiziellen Feier am Ehrengrabe, einer Gedenkstunde vor dem Denkmal und einer festlichen Aufführung des "Fidelio" in der Staatoper ihren Höhepunkt finden werden.

Bereits Sonntag, den 9. März, werden die Wiener Symphoniker in einem Konzert dem Genius Beethoven huldigen. Aus dem interessanten Programm, das in der ersten Hälfte dem zum Teil nicht bekannten Beethoven gewidmet ist, seien vor allem die Arie für Sopran und Orchester "Primo amor" und das Fragment des Violinkonzertes in C-dur hervorgehoben. Die Ouvertüre "Leonore I" op.138, die Introdution zum 3.Akt und Arie des Florestan aus "Leonore" op.72a sowie der "Marsch für eine große Wachtparade" sind ebenfalls zu den kaum gespielten Werken Beethovens zu zählen. Im zweiten Teil des Programms gelangt die 7. Symphonie zur Aufführung. Die Solisten des Konzertes, das am 9. März um 19.30 Uhr im großen Konzerthausaal stattfindet, sind Sena Jurinac (Sopran), Waldemar Kmentt (Tenor) und Walter Puschacher (Violine). Dirigent ist Prof. Hans Swarowsky.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

7. März (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek (SPÖ) zu einer Geschäftssitzung zusammen. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen in Graz um Zustimmung zur Strafverfolgung des Landtagsabgeordneten Dr. Altmann (Lbl.)

Ferner waren drei Anträge eingebracht: ein Antrag der ÖVP auf "Beschließung eines Gesetzes betreffend die Vorführung von Filmen, kurz Wiener Kinogesetz 1952", ein Antrag des Linksblocks betreffend "gesetzliche Maßnahmen zur radikalen Bekämpfung der Schmutzflut, die die Kultur verseucht und vor allem die Jugend gefährdet" und ein weiterer Antrag des Linksblocks betreffend "die dringende Notwendigkeit eines Wiener Landesgesetzes für Jugendwohlfahrtspflege". Die Anträge werden vom Vorsitzenden den zuständigen Stadträten der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Abg. Mistner (SPÖ), der dem Immunitätskollegium angehört, referierte über das Auslieferungsbegehren gegen Abg. Dr. Altmann. Es handelt sich dabei um einen am 19. Dezember in der "Österreichischen Volksstimme" veröffentlichten Artikel des Abg. Dr. Altmann, der am 20. Dezember auch in der Grazer "Wahrheit" abgedruckt worden war, der Angriffe gegen den Justizminister beinhaltet. Das Immunitätskollegium ist zu dem Entschluß gekommen, daß es sich um ein politisches Vergehen handle, und stellte daher den Antrag, dem Ersuchen des Landesgerichtes Graz nicht Folge zu geben.

Abg. Dr. Altmann (Lbl.) meldete sich hierauf selbst zu Wort. Er verwies darauf, daß seine Fraktion im Immunitätskollegium nicht vertreten sei, wendete sich aber scharf dagegen, daß weder er noch seine Fraktion in dieser Angelegenheit befragt worden wäre. Er habe erst durch die Tagesordnung von dem Auslieferungsbegehren erfahren. Dr. Altmann beglänzt dann den inkriminierten Artikel zu verlesen. Nach einer Weile unterbricht ihn Präsident Marek und fordert ihn auf, zur Sache zu sprechen. Noch ein zweites Mal muß Präsident Marek den Redner auffordern, zur Sache zu

sprechen.

Als sich Dr. Altmann wieder beschwert, daß er von dem Auslieferungsbegehren keine Kenntnis erhalten habe, teilt ihm der Vorsitzende mit, dies wäre geschehen, wenn das Immunitätskollegium einen anderen Beschluß gefaßt hätte.

Abg. Dr. Altmann: Es bleibt aber dabei, daß meine Fraktion erst nach der Beschlußfassung verständigt worden ist. In seinen weiteren Ausführungen kommt der Redner zu dem Schluß, daß das ihm zur Last gelegte Vergehen nur vor den Geschworenen behandelt werden könne und verlangt daher die Aufhebung seiner Immunität.

Nachdem sich der Vorsitzende nochmals vergewissert hat, daß Dr. Altmann selbst die Aufhebung der Immunität verlangt, unterbricht er die Sitzung, um dem Immunitätskollegium Gelegenheit zu geben, darüber zu beraten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt Abg. Mistingger den Beschluß des Immunitätskollegiums bekannt, zu beantragen, dem Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft nicht Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. Soswinski (LBl.) präzisiert noch einmal den Standpunkt des Linksblocks und erklärt, der Linksblock trete für die Teilauslieferung nach § 300 ein, da sie das Urteil eines Gerichtes, in dem das Volk mitwirkt, nicht fürchten. Die Fraktion des Linksblockes wird sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Hierauf wird der Antrag des Immunitätskollegiums, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben, angenommen.

Damit ist die Sitzung des Wiener Landtages geschlossen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

7. März (Rath.Korr.) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen.

Im Einlauf befanden sich mehrere Anträge und Anfragen. Die GrE. Hiltl, Haim und Genossen (ÖVP) haben einen Antrag auf Ehrung von Hausbesorgern, die diesen Posten durch 25 Jahre im gleichen Haus ausüben, eingebracht. Ein weiterer Antrag der GrE. Hiltl, Vavrovsky, Kowatsch und Genossen (ÖVP) betrifft die Ausgabe des

Säuglingswäschepaketes an Volksdeutsche. Die GRe. Lauscher und Genossen (LBl.) haben einen Antrag auf Übernahme der Grabstätten der Opfer des 12. Februar 1934 in die Obhut der Stadt Wien, die GRe. Dr. Soswinski und Genossen (LBl.) einen Antrag, betreffend Beteiligung der Stadt Wien an der Wirtschaftskonferenz in Moskau eingebracht. In einem Antrag der GRe. Dr. Matejka und Genossen (LBl.) wird eine "Aktion zur radikalen Bekämpfung der Schmutzflut auf dem Film-, Bucher- und Theatermarkt in Wien" verlangt. Eine Anfrage der Abg. Hausner und Genossen (LBl.) beschäftigt sich mit dem "Bestehen von Schwarzen Listen bei der Vergebung von Bauaufträgen der Stadt Wien". Für die Anträge der GRe. Dr. Soswinski und Dr. Matejka sowie die Anfrage der GRe. Hausner und Genossen wurde die dringliche Behandlung verlangt, worüber am Ende der Sitzung abgestimmt wird; die übrigen Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Ferner lagen von der Wahlpartei der Unabhängigen 7 und vom Linksblock 5 Anfragen vor. Die Anfragen der WdU betreffen die Möglichkeit des Erwerbs von Schaustücken der Sonderausstellung "Jagd- und Naturschutz" der Wiener Frühjahrsmesse 1952 als Grundstock für ein zu errichtendes "Naturschutz-Museum" der Stadt Wien; die Erhaltung der letzten allgemein zugänglichen Reste der Praterlandschaft für die Wiener Bevölkerung; die angeblich geplante Verbauung des gegen die Liechtensteinstraße zu gelegenen Teiles der Clam Gallas-Parkanlage; das künftige Schicksal der Teilstrecke "Wien Großmarkthalle - Schwechat" der elektrischen Lokalbahn Wien-Preßburg; die Instandsetzung, die Erhaltung und den Betrieb öffentlicher Uhren; die weitere Ausgestaltung der Stadtbahnstation Mariahilfer Straße-Westbahnhof und den noch ausstehenden Antrag des Wiener Gemeinderates an den Verfassungsgerichtshof auf Erklärung des Mandatsverlustes der GRe. Dipl.Ing. Keller und Ing. Pirkner.

Die 5 Anfragen des Linksblocks beziehen sich auf "die Absicht der Gemeinde Wien, auf dem Cobenzl eine Spielhölle zu errichten"; auf die Errichtung einer eigenen großen Rheuma-Abteilung im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz; auf die "skandalöse Verweigerung der Aufnahme alter, lebensgefährlich erkrankter Menschen in Wiener öffentliche Krankenanstalten und Vorkehrungen zur Sicherung der Aufnahme aller spitalsbedürftiger Personen in die zuständigen Spitäler"; auf die Übernahme der Grabstätten der Februarkämpfer in

die Obhut der Stadt Wien und auf die "wucherischen Preise für die sogenannte Babymilch".

Sodann wird in die Tagesordnung eingegangen. Den ersten Verhandlungsgegenstand bildet die Erhöhung der Verpflegungsgebühren in der Lungenheilstätte Strengberg.

Referentin GR. Nora Hiltl (ÖVP) beantragt, der Gemeinderat möge zur Kenntnis nehmen, daß die Betriebskrankenkasse der Wiener Verkehrsbetriebe die Betriebsführung der Lungenheilstätte Strengberg ab 31.12.1951 dem Kultur- und Sportverein der Wiener Verkehrsbetriebe als Eigentümer dieser Anstalt übergibt und die Stadt Wien sich verpflichtet, dem Verein für die tatsächlich belegten Vertragsbetten für die Zeit vom 1. Oktober 1951 den Betrag von 40 S je Bett und Verpflegstag zu bezahlen.

GR. Dr. Altmann (LBl.) erklärt, es bestehen Bedenken gegen einen rechtlichen Vorgang, der aussehe wie ein Entgegenkommen gegenüber den Beschäftigten der Wiener Verkehrsbetriebe, in Wirklichkeit aber eine Belastung darstelle. Es sei nicht einzusehen, warum nicht die Krankenkasse die Heilstätte wiederum übernehme und damit dem Kultur- und Sportverein und den Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe die zusätzlichen Lasten zur Erhaltung dieser Heilstätte abnehme. Die Stadt Wien könnte diesen Vertrag auch mit der Krankenkasse aufrechterhalten und ihr diese Verpflegungsgebühren leisten. Zur Klärung dieser Fragen beantragt Dr. Altmann, die Verhandlung des Geschäftsstückes zu vertagen.

Referentin GR. Hiltl gibt einen kurzen historischen Rückblick über die Eigentumsverhältnisse bei der Lungenheilstätte und beantragt nochmals, dem Antrag zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin angenommen.

Über den Abschluß eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Wien und der Gesellschaft zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit referierte Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP). Er erinnerte daran, daß die Gesellschaft schon vor längerer Zeit mit dem Plan an die Öffentlichkeit getreten ist, in Wien ein Forschungsinstitut zu errichten. Das Grundstück hierfür hat die Stadt Wien im Gebiet der neuen Kliniken im Ausmaß von 3.000 Quadratmeter gewidmet. Vizebürgermeister Weinberger ersuchte um Annahme des Antrages.

GR. Dr. Matejka (LBl.), der vom Vorsitzenden Bürgermeister Jonas im Verlauf seiner Ausführungen zweimal ersucht wird zur Sache

zu sprechen, beschäftigt sich mit dem Problem der Krebsforschung in Wien im allgemeinen. Es wäre Aufgabe der Stadt Wien, hier voranzugehen. Er kommt zu dem Schluß, daß man auch die Gesundenuntersuchungsstellen vermehren und erweitern müsse, wenn man ein Grundstück dem Krebsforschungsinstitut widmet.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) verweist auf die Grenzen und Möglichkeiten der Frage. Die Sozialistische Partei begrüßt es, daß auf dem Gebiet der Krebsforschung wieder ein Fortschritt getan wurde, weist jedoch darauf hin, daß die bestehende Form der Krebsuntersuchung eine sehr oberflächliche ist.

Vizebürgermeister Weinberger sagt in seinem Schlußwort, daß die Stadt Wien in der Krebsbekämpfung sehr wohl den anderen vorausgeschritten sei. Die Wiener Krebsfürsorge wird nicht nur in anderen österreichischen Städten nachgeahmt sondern wird auch in Deutschland als beispielgebend anerkannt. Er sei auch sicher, daß es in absehbarer Zeit gelingen werde, weitere Untersuchungsstellen einzurichten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Stadtrat Thaller (SPÖ) berichtet über die Ausführung eines städtischen Wohnhauses in Simmering auf einer Liegenschaft, die im Enteignungsweg zu erwerben ist. Es handelt sich um ein kriegszerstörtes Haus, dessen Eigentümer nicht um Fondsmittel angesucht hat. Die Verhandlungen sind gescheitert, weil ein zu hoher Grundpreis verlangt wurde.

GR. Bischko (ÖVP) stellt fest, daß es sich hier um einen zweiten Antrag nach dem Enteignungsgesetz handelt und verweigerte im Hinblick auf die Haltung seiner Fraktion zu diesem Gesetz die Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Thaller verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen der ÖVP und der WdU angenommen.

GR. Architekt Lust (ÖVP) referiert die Abänderung des Bebauungsplanes zwischen Augustinerstraße, Josefsplatz, Bräunerstraße, Stallburggasse, Plankengasse, Spiegelgasse und Lobkowitzplatz im 1. Bezirk. Der Berichterstatter verweist darauf, daß der vorliegende Antrag im Bauausschuß keine einheitliche Auffassung gefunden hat. Die Änderung dieses Planes ist durch das Bauvorhaben um den Wiederaufbau des Palais Palffy bedingt. Die Baulinien in der Augustiner-

straße sollen beibehalten werden. In der Dorotheergasse soll unter Beibehaltung der Baulinien ein Arkadengang geschaffen werden.

Der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes Dr. Friesinger ergreift in der Debatte das Wort im Namen seines Bezirkes und wendet sich aus verkehrstechnischen Erwägungen gegen die vorgeschlagene Abänderung. Er weist darauf hin, daß die Bezirksvorsteherung eine andere Lösung vorgeschlagen habe, durch die unter anderem die sonst nur 2.90 breite Fahrbahn um 1.20 bis 1.50 Meter breiter werden könnte. Was den Neubau des Palais Palfy betrifft, so habe die Bezirksvorsteherung die Meinung vertreten, man solle mit dem obersten Geschoß nicht zurückrücken. Im ganzen handle es sich um eine nicht befriedigende Kompromißlösung. Im Hinblick auf die historische Vergangenheit gerade dieses Platzes in der Inneren Stadt ersucht der Bezirksvorsteher um Abhilfe und Zurückstellung dieses Projektes.

Als nächster Debatteredner spricht Vizebürgermeister Weinberger. Er weist darauf hin, daß zum ersten Mal seit 1945 auch einen Bezirksvorsteher die Möglichkeit gegeben wird, in Sachen seines Bezirkes im Gemeinderat zu sprechen. Er begrüßte diese Tatsache.

Zu dem vorliegenden Antrag meinte der Redner, daß auch Fachleute irren können. Dies zwingt besonders dort, wo keine Einigung erzielt werden kann, zur Überlegung. In dieser Angelegenheit konnte man sich aber schon im Ausschuß nicht einigen. Vizebürgermeister Weinberger regt daher gleichfalls an, die ganze Frage nochmals zu überprüfen. Er weist besonders darauf hin, daß Bezirksvorsteher Friesinger nicht für eine Partei sondern im Namen des ganzen Bezirkes gesprochen hat. Der Redner stellte den Antrag, den zur Behandlung stehenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und an den Ausschuß rückzuweisen.

Stadtrat Thaller spricht sich gegen den Antrag seines Vorredners aus. Alle zuständigen Abteilungen des Bauamtes haben die Frage beraten und es ist eine übereinstimmende Meinung zustande gekommen. Die Verkehrsfachleute haben keinerlei Bedenken gehabt, die Dorotheergasse in der bisherigen Breite zu belassen. Man kann solche Fragen nicht von einem Bezirksstandpunkt aus lösen sondern nur vom Standpunkt der Gesamtheit.

Seinem Vorredner antwortet wieder Vizebürgermeister Weinberger. Er stellt ausdrücklich fest, daß die Fachleute nicht einer Meinung waren. Es habe also auch keine Übereinstimmung geherrscht. Vizebür-

germeister Weinberger warnte davor, dem Wunsch eines Bezirkes die Mehrheit des Hauses entgegenzusetzen. Warum solle es nicht möglich sein, eine fachliche Frage ernsthaft zu diskutieren. Es sei keine Schande, wenn sich auch die Fachleute vom Volk etwas sagen lassen.

Stadtrat Thaller meldet sich noch einmal zu einer Berichtigung. Es hätte keine Abstimmung in dieser Frage in der Bezirksvorstehung stattgefunden. (Zwischenruf bei der ÖVP: Hat niemand gesagt!)

In seinem Schlußwort weist GR. Architekt Lust ebenfalls darauf hin, daß bei solchen Plänen im Kern unserer Stadt große Vorsicht am Platze ist. Er verweist auch auf die Unklarheit der Aktenlage. Bei seinen Ausführungen wird der Redner durch allgemeines Inzwischen-sprechen so sehr gestört, daß der Vorsitzende Bürgermeister Jonas, ersuchte, den Referenten sprechen zu lassen. Zum Schlusse sagt der Referent, er habe auch das Recht, wenn neue Umstände eintreten, entsprechend zu handeln. Er lege daher die Berichterstattung zurück.

Der Vorsitzende stellt fest, daß GR. Lust bereits Bericht erstattet hat und bringt daher trotz heftiger Gegenrufe der ÖVP den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung. (Vizebürgermeister Weinberger: Es wurde vom Berichterstatter kein Antrag gestellt! Das ist gegen die Verfassung!)

Bei der Abstimmung stimmen nur die Sozialisten für die Abänderung des Bebauungsplanes. Der Vorsitzende erklärt den Antrag für angenommen. Zwischenrufe bei der ÖVP: Stimmen auszählen lassen!

Über die Bürgschaft der Gemeinde Wien für private Hausreparaturen berichtete Stadtrat Resch (SÖ), der auf den schlechten Zustand des Althausbesitzes hinwies und feststellte, daß durch die im Herbst vom Nationalrat beschlossene Erhöhung der Mietzinse nunmehr die finanzielle Grundlage für dessen Erhaltung geschaffen wurde. Es habe sich aber herausgestellt, daß die Zinseinnahmen in den wenigen Monaten seit der Beschlußfassung im Nationalrat nicht ausreichen, um schon jetzt entsprechende Instandhaltungen durchzuführen. Es sei daher die Beistellung von Krediten notwendig. Nun dürfen aber Sparkassen nur mündelsichere erste Hypotheken auf Häuser geben und außerdem höchstens 50 Prozent ihrer Spareinlagen für Hypothekarkredite verwenden, welche Höchstgrenze bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien schon erreicht ist. Für die Gewährung von Personaldarlehen seien aber zwei Bürgschaften erforderlich. Neben der Abtretung des Hauptmietzinses soll nun die Haftungserklärung der Gemeinde für

insgesamt 30 Millionen Schilling die zweite Bürgschaft bilden. Damit sei die Möglichkeit gegeben, im Wege der Personaldarlehen Kredite für die sofortige Inangriffnahme von Reparaturen zu stellen.

Im Wege von Verhandlungen sei es gelungen, die Zentralspar-
kasse zu bewegen, diese Personaldarlehen mit nur 9 Prozent zu ver-
zinsen.

Im Hinblick auf die Einschränkungen bei Bund und Gemeinde sowie die Verringerung der Marshallplan-Gelder bestehe die Gefahr, daß **der Bauumfang nicht in der bisherigen Höhe zu erhalten sein wird.** Es sei daher zu hoffen, daß die heutige Aktion nur einen Anfang bildet und die Kammern sowie alle sonstigen Organisationen dieser Stadt im Interesse der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung Mittel zur Verbreiterung dieser Kreditbasis beistellen. Man müsse sich wieder darauf besinnen, durch Spargelder aus eigener Kraft die Kreditschöpfung vorzunehmen, denn erst dann sei die wirtschaftliche Zukunft dauernd gesichert. Die Gemeindeverwaltung sei selbstverständlich auch bereit, bei jedem Goldinstitut, das in der Lage und bereit ist, Mittel für Kredite der Wohnhausreparatur zur Verfügung zu stellen, dieselbe Haftung zu übernehmen. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Prutscher (ÖVP erklärt, seine Partei werde diesem Antrag zustimmen, weil die Erhaltung des Althausbesitzes ebenso eine soziale Aufgabe sei wie der Neubau.

Es sei nur zu bedauern, daß nicht rasch genug gehandelt wurde. Schon bei der Budgetdebatte habe GR. Kammermayer (ÖVP) einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Man habe aber gewartet, bis der "Freie Wirtschaftsverband" sozusagen als geistiger Mieter ebenfalls eine Delegation zum Stadtrat entsendet habe.

Gerade in dieser Zeit, wo Bund und Gemeinde außerordentlich sparen müssen, müssen so viel als möglich andere Mittel herangezogen werden, um die Bautätigkeit weiterzutreiben. Es müssen daher auch alle anderen Institutionen, wie z.B. der Gewerkschaftsbund, nach ihren Kräften beitragen.

Inzwischen hat GR. Helene Potetz (SPÖ) den Vorsitz übernommen.

GR. Swoboda (SPÖ) meint, für diese Vorlage werde StR. Resch der Dank und die Anerkennung der Mieter in den Althäusern Wiens sicher sein. Aber nicht nur die Mieter, sondern auch die vernünft-

tigen Hausbesitzer die willens sind, ihre Häuser vor dem Verfall zu retten, werden den Wert dieser Aktion schätzen, weil gerade sie erkennen mußten, daß eine Zinserhöhung noch lange nicht dazu führe, die Häuser wirklich instandhalten zu können.

Charakteristisch sei, daß hier wieder einmal die Gemeinde Wien einbringen muß, um eine Lücke zu schließen. Bei den parlamentarischen Verhandlungen wurde von sozialistischer Seite die Forderung erhoben, einen Reparaturausgleichsfonds zu schaffen, wofür aber die ÖVP kein Verständnis zeigte. Der heutige Schritt werde von den Sozialisten lebhaft begrüßt, und es sei zu hoffen, daß auch die anderen Geldinstitute, Körperschaften, die über Geldmittel verfügen, eingreifen. Die Sozialisten werden mit Begeisterung für die Vorlage stimmen.

In seinem Schlußwort weist StR. Resch gegenüber den Ausführungen des GR. Dr. Prutscher darauf hin, daß eine Delegation des Freien Wirtschaftsverbandes bereits nach Inkrafttreten des Mietengesetzes angeregt habe, Kredite für Hausreparaturen zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat Kammermayer habe während des Budgets gemeint, man möge Budgetmittel zur Verfügung stellen. Dagegen vertrete aber die Sozialistische Partei und auch er als Finanzreferent grundsätzlich den Standpunkt, daß öffentliche Gelder unmöglich als Kredite an einzelne Personen gegeben werden können. Im Hinblick auf die Tatsache, daß wenig flüssige Mittel vorhanden sind, habe es gar nicht lange gedauert, bis es zu einem Abschluß gekommen ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Sodann referiert StR. Thaller über die in Wien 17., Kastnergasse 28-30 von der Gemeinde Wien beabsichtigte Errichtung von zwei Wohnhäusern.

GR. Kammermayer (ÖVP) verweist darauf, daß dieses Grundstück seinerzeit von der Gemeinde enteignet wurde und es bedauerlicherweise bisher nicht gelungen sei, mit dem Voreigentümer in Verhandlungen einzutreten, obwohl so kurzzeitig versprochen wurde, menschlich vorzugehen. Der Redner appelliert an den Bürgermeister, diesem kleinen Mann zu seinem Recht zu verhelfen.

StR. Thaller erklärt in seinem Schlußwort, daß dem Manne kein Unrecht geschehen soll. Es wurde mit ihm bereits verhandelt. Das ihm angebotene Tauschgrundstück hat er aber nicht angenommen, weil

es ihm zu weit von seinem bisherigen Tätigkeitsbereich liegt.

Hierauf wird der Antrag angenommen.

Schließlich berichtet noch GR. Arch. Lust (ÖVP) über die notwendige Erhöhung des für die Errichtung eines Schulpavillons in Wien 22., Breitenlee 49, bewilligten Krediten von 400.000 S auf 439.000 S, was vom Gemeinderat genehmigt wird.

Im Anschluß an diese Verhandlungen begründet GR. Dr. Soswinski (LBl.) die Dringlichkeit seines Antrages, betreffend Beteiligung der Stadt Wien an der Wirtschaftskonferenz in Moskau und erklärt, wenn heute in der ganzen Welt von der Notwendigkeit der Förderung eines Ost-Westhandels gesprochen werde, so könne man in Österreich und besonders in Wien an dieser Tatsache nicht vorübergehen, umso mehr, als gerade Wien auf diesem Gebiete auf eine große Produktion zurückblicken kann.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die dringliche Behandlung des Antrages des GR. Dr. Matejka (LBl.) betreffend Aktion zur radikalen Bekämpfung der Schmutzflut auf den Film-, Bücher- und Theatermarkt in Wien, begründet der Antragsteller mit der Feststellung, daß das Gesetz gegen Schmutz und Schund ein ausgesprochener Versager gewesen und es daher dringender denn je notwendig sei, zu einem wirklichen umfassenden Plan zu kommen.

Auch diesem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Als letztes wird die Anfrage der GRs. Hausner und Genossen betreffend das Bestehen von "Schwarzen Listen" bei Vorgebung von Bauaufträgen der Gemeinde Wien behandelt. Zur Begründung erhält GR. Hausner (LBl.) das Wort. Er stellt fest, daß es sich dabei anscheinend um einen Brief des NR. Olah an StR. Thaller handle, in dem verlangt wird, daß an gewisse Firmen keine Bauaufträge gegeben werden sollen, da es sich um USIA-Betriebe handelt. Der Redner sagt, es wäre die Verpflichtung der Gemeinde Wien in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß sie nicht die Absicht hat, dieser politischen Erpressung Hilfe zu leisten, damit die Arbeiterschaft wieder ruhig ihrer Beschäftigung nachgehen kann.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Unter den Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, befand sich auch die Errichtung neuer städtischer Wohnhausan-

lagen mit zusammen 1016 Normalwohnungen, 718 Kleinwohnungen, 20 Geschäftslokalen, 7 Ateliers und 2 Magazinen. Die Kosten dieser Bauten, die sofort in Angriff genommen werden, erfordern einen Betrag von voraussichtlich mehr als 108 Millionen Schilling. Ferner wurde u.a. beschlossen; die Neufestsetzung der Blutspendergebühren in den Wiener städtischen Krankenanstalten, für 200 ccm Blut werden 90 Schilling, für jede weitere angefangene Menge von 100 ccm Blut innerhalb einer Blutspende 35 Schilling bezahlt; die Abänderung mehrerer Flächenwidmungs- und Bebauungspläne; mehrere Grundtäusche; der Kauf von Liegenschaften; die Beteiligung der Gemeinde Wien-Städtische Bestattung an der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener Stadtwerke Ges.m.b.H.; diverse Sach- und Nachtragskredite und die Inbetriebnahme und Benützung der Brauseanlage im II. Zentralberufsschulgebäude mit Warmwasser.

Schluß der Sitzung um 15.20 Uhr.

Ehrenmedaille der Stadt Wien für Ortsvorsteher Josef Glock
=====

7. März (Rath.Korr.) Außer den Ehrungen für Univ.Prof. Dr. Denk und die Professoren Oktavian Loehr und Arthur Roessler, beschloß der Wiener Gemeinderat heute auch dem Ortsvorsteher von Bisamberg Josef Glock anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres und in Würdigung seiner Verdienste auf sozialem Gebiet die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Josef Glock war fünf Jahrzehnte hindurch im öffentlichen Leben tätig. Im Jahre 1902 wurde er zum Gemeinderat gewählt und von 1918 bis 1938 war er Bürgermeister der Gemeinde Bisamberg. Nach Kriegsende wurde er wieder mit einem öffentlichen Amt betraut; er wurde Ortsvorsteher von Bisamberg.

Glock hat sich in den Jahrzehnten seines öffentlichen Wirkens auf sozialem Gebiete große Verdienste erworben. Darüber hinaus legte er sein Hauptaugenmerk darauf, Bisamberg vor Überschwemmungsgefahren zu schützen. Er war maßgeblich an der Errichtung des Donaugrabens beteiligt, wodurch Bisamberg von den Überflutungen durch die Donau verschont blieb und weite Gebiete des bis dahin unfruchtbaren Landes nutzbar gemacht wurden. Außerdem trat er seinerzeit für die Errichtung einer gut funktionierenden Freiwilligen Feuerwehr ein, der er mehr als sechs Jahrzehnte angehörte, und ihr davon drei Jahrzehnte als Obmann vorstand.